



KARL BLECHA
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-4049 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Zahl 6.399/130 - II/C/86

1843 IAB

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. FEURSTEIN, KRAFT und Kollegen,
betreffend Erhebungen gegen Udo PROKSCH.

1986 -04- 11

zu 1924 J

Zu Zahl 1924/J - NR/1986

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Zu der von den Abgeordneten Dr. FEUERSTEIN, KRAFT und Kollegen an mich gerichteten Anfrage, Zahl 1924/J-NR/1986, betreffend Erhebungen gegen Udo PROKSCH, beehre ich mich mitzuteilen:

Zur Frage 1 a: Die österreichischen Sicherheitsbehörden waren zu keiner Zeit mit Ermittlungen betreffend illegaler Waffengeschäfte des Udo PROKSCH mit der Tschechoslowakei befaßt. Als im September 1979 Gerüchte laut wurden, daß über den Frachtenbahnhof Heiligenstadt in Eisenbahnwaggons illegal Waffen verschoben würden - allerdings ohne nähere Hinweise auf Herkunfts- oder Zielland - und Udo PROKSCH damit im Zusammenhang stünde, führten Beamte der Bundespolizeidirektion Wien und der Zollfahndung Wien auf sämtlichen Frachtenbahnhöfen Wiens Erhebungen durch, die völlig ergebnislos verliefen.

Zur Frage 1 b: Es gab bisher nicht den geringsten Hinweis dafür, daß Udo PROKSCH in das Verschwinden von Menschen, insbesondere in die "Entführung" eines polnischen Ehepaares verwickelt war. Folglich führten die österreichischen Sicher-

- 2 -

heitsbehörden auch nie derartige Untersuchungen durch.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß nach dem derzeitigen Erkenntnisstand das polnische Ehepaar Piotr und Anna BRÜST anfangs Juli 1979 freiwillig nach Polen zurückkehrte und keinesfalls entführt wurde. Anderslautende Berichte in den Medien beruhten auf Spekulationen und waren durch nichts begründet. Das Ergebnis der von der Bundespolizeidirektion Wien seinerzeit geführten Ermittlungen gegen die Eheleute BRÜST wegen Verdachtes des geheimen Nachrichtendienstes zum Nachteil Österreichs gemäß § 256 StGB wurde am 2. September 1982 der Staatsanwaltschaft Wien zur Zahl 15 St 4101/79 zur strafrechtlichen Beurteilung übermittelt, das Verfahren jedoch am 30. Dezember 1982 gemäß § 412 StPO abgebrochen.

Zur Frage 1 c: Da es zu keiner Zeit konkrete Anhaltspunkte für eine Spionagetätigkeit von Udo PROKSCH gab, sahen sich die Sicherheitsbehörden bisher nicht veranlaßt, gegen ihn Erhebungen wegen Verdachtes der Spionage zu führen.

Zu den Fragen 2 bis 4:

Diesbezüglich darf ich auf meine obige Antwort verweisen.

7. April 1986

Karl Blauth